

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 23. Juli 1925

Nummer 87

Heraus gegen Zollwucher und Steuerraub

Massen heraus am Freitag, den 24. Juli, nachmittags halb sechs, auf den Wiener Platz!

Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens!

Erst bei Annahme der Zollvorlage der monarchistischen Kauter-Regierung durch den Reichstag vor nunmehr 4 Wochen unterbreitete die Zentrale der Kommunistischen Partei dem Bundesvorstand in offener Anfrage den folgenden Vorschlag zu einem

Antizipationsprogramm gegen den Zollwucher

- Die Vorschläge der KPD lauteten:
1. In der Zeit der Beratung der Zollvorlage Massen-demonstrationen und intensive Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich förmliche parlamentarische Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollvorlage unterstützen.
 2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollvorlage durchzusetzen, dann Volkseinstich gegen die Zoll-gesetze. Unter dem Druck des ADGB, mühte auch die durch ihre Koalitionspolitik an die Bourgeoisie gekettete SPD, dafür einzutreten. Das zur Einleitung eines Volkseinstichs notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert.
 3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volkseinstich zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann Einleitung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels des Demonstrationstreifs

Einleitung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels des Demonstrationstreifs

der mit den anderen ebenso dringenden proletarischen Forderungen: Achtundzigtage, Amnestie, Anhebung der Lohn- und Mietsteuer, Entlassung der monarchistischen Reaktion zu verbinden wäre.

Trotz der kühnsten Forderungen der Zollwucherer, der Kauter-Regierung und der Kapitalisten gegen die Arbeitslosen hatte der ADGB, auf diesen Vorschlag der KPD, nicht geantwortet.

Jetzt erließ die Berliner Gewerkschaftskommission und geht in der „Dresdner Volkszeitung“ der

Ortsansatz Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, A.G.B. und Ortsartikel Dresden, SPD, Ostschlesien

den Aufruf an das werktätige Volk zum Aufmarsch gegen die Lebensmittelpolizei

am Freitag, 1/2, Uhr, auf dem Wiener Platz

Wir Kommunisten haben uns in Sachsen mehrere Male an die SPD, und das Gewerkschaftsartikel gewandt und gemeinsame Kundgebungen vorgeschlagen. Wir werden jede vernünftige Maßnahme gegen den Zollwucher mit aller Kraft unterstützen.

Wir führen von Anfang an den konsequentesten Kampf gegen alle Zölle und gegen jedes Zollkompromiß. Wir erheben deswegen den entschlossenen Protest dagegen, daß die Gewerkschaften zwar mit der SPD, eine gemeinsame Demonstration verabredeten, sich aber mit keinem Wort an die Kommunistische Partei in

dieser Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse wandten, um eine einheitliche Demonstration zustande zu bringen. Wir fragen den Ortsauschuss der Gewerkschaften im Namen der kommunistisch organisierten Gewerkschaftler:

Warum wendet ihr euch nicht an die KPD?

Wenn ihr wirklich den Kampf gegen den Zollwucher, den Kampf um ein Stückchen Brot wollt, weshalb zerschert ihr die Front der Arbeiter?

Weshalb schließt ihr die revolutionären, kampfbereiten Arbeiter aus?

Wir Kommunisten wünschten schon vor einem Monat die Demonstrationen.

Jeder Arbeiter muß sich darüber empören, daß man ihm nicht einmal das tägliche Stück Brot durch gemeinsames Vorgehen sichern will. Weil wir Kommunisten jedoch niemals zögern werden, für jede, auch die kleinste Forderung der Arbeiterklasse einzutreten, so zögern wir auch jetzt nicht, wo es um zwei für die gesamte Arbeiterschaft so bedeutende Fragen, wie die

Abwehr des Zollwuchers und die Erringung der Volkamnestie geht, auch unsererseits die Arbeiterschaft zur reiflichen Beteiligung an der Demonstration auf dem Wiener Platz aufzurufen.

Zwar hat uns unsere heute morgen logisch erfolgte telefonische Bereitschaftserklärung zur Teilnahme an der Kundgebung der Sekretär des Ortsauschusses erklärt, daß es zu neuen Verhandlungen zu spät sei. Wir begrüßen jedoch diesen ersten Schritt, der den Regierenden besser als das Geschwätz im Parlament zeigt, daß die Massen nicht schweigend verhandeln wollen.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter Dresdens den Willen der KPD, zur Einheitsfront freudig begrüßen werden.

Dem ersten Schritt müssen die nächsten folgen, die allein die Durchsetzung des Zollkompromisses unmöglich machen!

Volkseinstich gegen die Zollgesetze, für die Volkamnestie!

Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bis zur Befestigung dieser Monarchistenregierung des Brotwuchers, der Amnestie für Odenkronenjuglinge und der Zuchthäuser für Proletarier!

Gegen alle industriellen und Lebensmittelzölle!

Gegen die drohende Mietsteigerung!

Für Anhebung aller Lohn- und Mietsteuern, für die Bekämpfung der Bekleidenden!

Für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen!

Für den Sturz der monarchistischen Kauter-Regierung!

Kommunistische Partei, Bez. Ostschlesien

Rundgebung des ADGB. in Berlin

Der Ortsauschuss Berlin des ADGB, und der Bezirksverband der SPD, Groß-Berlins haben sich unter dem Druck der Arbeiterschaft gezwungen gesehen, am Freitagabend eine öffentliche Kundgebung im Lustgarten gegen die vor dem Abschluß stehenden Zollwucherpläne einzuberufen. Die Tagespresse ist darüber, daß die Massen den belästigenden Einflüssen der SPD, und ADGB, Führer zu entgleiten beginnen, aus höchster Erdoft. Die „deutschnationale Kreuzzeitung“ ruft den sozialdemokratischen Volkspräsidenten Erzkrüsi zur Pflicht und fordert die Schutzpolizei auf, „rechtzeitig Maßnahmen zur Sicherung des freien Verkehrs zu treffen.“ Der Volksblock Bundesgenosse, das Zentrum, das bereits allen Anschlägen der Reaktion gegen die arbeitende Bevölkerung nachgegeben hat, erklärt sich ebenfalls bei dieser Gelegenheit. Die „Germania“ zeteriert über die Demonstration und meint, „diese Art des Kampfes gegen die Schutzpolizei ist am wenigsten geeignet, eine sachliche, den Interessen der Gesamtheit dienende Lösung der Frage herbeizuführen.“ Sie erinnert die SPD, an ihre Pflichten und sonstigen Gewohnheiten und hält den „Plan einer Straßendemonstration gegen Parlamentsbeschlüsse oder Parlamentsverhandlungen für einen bösen Rückfall in alte Methoden, die im Zeichen des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems wenigstens am Platze sind, denn ja.“

Die KPD, hat sofort dem ADGB, ihre Bereitschaft erklärt, ebenfalls zur Demonstration im Lustgarten aufzurufen und eigene Redner zu stellen. ADGB, und SPD, fürchten natürlich, sich dadurch vor der Bourgeoisie noch mehr zu kompromittieren und haben den Vorschlag, der KPD, trotzdem er sofort nach Bekanntwerden des Demonstrationsplanes im „Vorwärts“ gestellt wurde, als angedeutet zu spät eingelangt, abgelehnt. Die kommunistische Arbeitermassen Berlins werden sich selbstverständlich durch eine derartige Sabotage der Einheit der Arbeiterklasse vor der die ADGB-Führer selbst in diesem für das deutsche Proletariat einschlagenden Augenblick nicht zurückziehen lassen. Die KPD, hat sofort dem ADGB, ihre Bereitschaft erklärt, ebenfalls zur Demonstration im Lustgarten aufzurufen und eigene Redner zu stellen. ADGB, und SPD, fürchten natürlich, sich dadurch vor der Bourgeoisie noch mehr zu kompromittieren und haben den Vorschlag, der KPD, trotzdem er sofort nach Bekanntwerden des Demonstrationsplanes im „Vorwärts“ gestellt wurde, als angedeutet zu spät eingelangt, abgelehnt. Die kommunistische Arbeitermassen Berlins werden sich selbstverständlich durch eine derartige Sabotage der Einheit der Arbeiterklasse vor der die ADGB-Führer selbst in diesem für das deutsche Proletariat einschlagenden Augenblick nicht zurückziehen lassen.

Die KPD, für die Einheitsfront der Arbeiter

Berlin. Trozdem der Ortsauschuss Berlin des ADGB, die einheitliche Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft gegen den Wirtschaftskrieg der Hungerpläne aus allen Kräften sabotiert, hat die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD, die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins ebenfalls auf Freitag 6 Uhr zur Massenversammlung im Lustgarten aufgerufen. In dem am Mittwoch früh in der „Köten Jahne“ erschienenen Aufruf wird eindringlich betont, daß die Kommunisten jede ernstliche Maßnahme gegen den Zollwucher begrüßen und sie mit ganzer Kraft unterstützen werden. Auf die erste Frage der KPD, warum die Gewerkschaftskommission und die SPD, sich nicht an die kommunistische Partei mit der Aufforderung zu aktiver Beteiligung gewandt haben, wird im Abend-„Vorwärts“ vom Mittwoch in einer Weise geantwortet, die jedem Arbeiter zeigen muß, daß die Vereitelung eines einheitlichen Kampfes wirklich nicht Schuld der Kommunisten ist. ADGB, und SPD, wissen nicht mit einem einzigen vernünftigen Grund auf die Anfrage zu antworten, warum man die KPD, nicht rechtzeitig von der geplanten Aktion unterrichtet hat. Ihre Antwort besteht aus leeren Ausflüchten, verbunden mit ganz nichtbeträchtlichen Drohungen. Nach einigen Botschaften, daß im gegenwärtigen Augenblick Einigkeit und Geschlossenheit notwendig ist, heißt es in der Entgegnung:

„Wenn die kommunistische Partei, nachdem sie als Partei der „Klittern“ die Stunde verpaßt hat, die Arbeiter rechtzeitig aufzurufen, jetzt ihre Anhänger zur Teilnahme an unserer Kundgebung aufruft, so wendet sie unsere nachstehende Warnung nicht gegen die formalistischen Arbeiter, sondern gegen die bezweifelnde, unverantwortliche Haltung der KPD.“ Wir warnen die kommunistischen Klassenkämpfer, daß von jeder unverantwortlichen Haltung, wie vorher schon in oft, mißbrauchen zu lassen.

Als Grund der Verzögerung bei unserer letzten Warnungen haben wir alle Vorwürfe getroffen, auch den Vorwurf der Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen, Komplex der kommunistischen Leitung darauf an, der Reaktion die geschlossene Macht des Proletariats zu zeigen, denn soll sie ablassen von ihren arbeiterschaftlichen Bestrebungen, wenn sie aber die irreführenden kommunistischen Artikel aus parteipolitischen Gründen mißbrauchen will, so erklären wir uns schon, daß die kommunistische Leitung alle Folgen davon selbst zu verantworten hat.“

Wenn man bedenkt, daß der „Vorwärts“ in diesem Augenblick behauptet, daß den Anordnungen des Reichstages nicht

Die Arbeiter fordern wirklichen Kampf gegen die Zölle

Am 2. Juli, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern abend vom ADGB-Ortsauschuss einberufene Kundgebung unter freiem Himmel gegen die Zölle war von vielen Tausenden besucht. Die Massen verlangten jedoch kürzlich weitergehende wirksame Aktionen und lehnten die von dem ADGB-Redner vorgelegte Resolution mit großer Mehrheit ab, weil sie keinerlei wirkliche Kampfaktionen ins Auge faßt. Dagegen fanden die kommunistischen Redner kühnliche Zustimmung. Fast einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die die zweideutige Haltung der sozialdemokratischen Partei im Zoll- und Steuerkampf verurteilt und dem ADGB, Einleitung des Volkseinstichs und Mobilisierung zum Generalstreik verlangt, die sich ferner für die Bekämpfung der politischen Gefangenen und für das Schutz- und Zugbandnis mit Sowjetrußland einsetzt.

Amnestiekundgebung in Stuttgart!

Wichtig bei Freilassung des Bundestagsgewaltigen Gnad, der als letzter Mann aus dem Reich der unglückseligen Klassenjustiz entlassen wurde, um es zu einer massenhaften Demonstration für die Amnestie.

Massen nicht lassen. Ein tausendköpfiger Demonstrationzug bewegte sich dann durch die Straßen Ostschlesiens.

Der Kampf der schlesischen Weber abgewürgt

SPD, als Unternehmerrhetorik. Dresden, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der sozialdemokratische Schlichter Philipp hat auf die Drohung der Unternehmer, 64 000 schlesische Weber auszusperrten, dafür gelobt, daß die zum Teil freientenden Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. In Spitzenlohn wurden 44 und 46 Pf. Stundenlohn je noch den einzelnen Bezirken „zugestanden“.

Schiedspruch in der Schmalwaren-Industrie

Hiesheim, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Streit der Arbeiter der Schmalwaren-Industrie ist folgender Schiedspruch gefällt worden: Epithemtariflohn bis 31. Juli 06 Pf., ab 1. August 06 Pf., ab 1. September 06 Pf. Bisher wurden 06 Pf. Stundenlohn bezahlt. Am Donnerstag findet Urabstimmung über den Schiedspruch statt.

Noch ein Schiedspruch für die öffentliche Sicherheit

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Volkspolizeikommission hat, wohl angelehnt die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch den Konfliktstreit in Gefahr gekommen sein, den Schlichter von Groß-Berlin, Willel, um einen Einigungsversuch gebeten. Willel wird diesem Ansuchen nachkommen.

Vertical text on the left margin, including names like 'Hader, Hönzle, opiz' and other small notices.